

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 170.— M., bei Selbstabholung 145.— M. — Preis der Einzelnummer 3.— M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598 Postfachkonto Nr. 53477 :: :: Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 13693. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 24598

Insertionspreise: Die Saepaltene Kolonellselle oder deren Raum 20.— M., bei Platzvorschrift 25.— M.; Familiennachrichten, die Saepaltene Zeile 10.— M. Reklame-Kolonellselle 80.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721 Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Neue Mordpläne der Reaktion!

Komplotz gegen den Reichskanzler. — Konflikt zwischen Hergt und Dr. Wirth.

In der Freitagssitzung des Reichstages erklärte Reichskanzler Dr. Wirth aus Anlaß einer neuen Schreibe des deutschnationalen Abgeordneten Hergt und einer Mitteilung des Reichstagspräsidenten Döberlein, daß für den Reichskanzler ein besonderer Schutz im Reichstag geschaffen worden sei, weil man neuen Mordplänen auf die Spur gekommen ist, folgendes:

„Zu den Ausführungen des Herrn Reichstagspräsidenten, die meine Person betreffen, ist von hier aus keinerlei Verantwortung erfolgt, aber seien Sie sich über den Ernst der Situation durchaus klar. Die Nachrichten, die wir haben — und das ist auch bereits von einem der Verschwörer bekannt worden — zeigen, daß wir mit neuen politischen Morden in Deutschland

rechnen müssen. (Hört! Hört! und große Bewegung im ganzen Hause.) Ich stelle das lediglich fest. Herr Hergt hat recht, man sollte es nicht glauben, daß dieser Wahnsinn des Gedankens im Deutschland nach dem Rathenau-Prozess noch einen Boden finden kann. Ich habe keinen Anlaß, hinter dem Berge zu halten. Was meine Person betrifft, so steht sie hier nicht zur Debatte. Die Herren rechts können glauben, daß mich ein schmerzliches Gefühl befallen hat, daß in einer Frage, die rein sachlich geführt werden kann, der Herr Reichstagspräsident, dem wie alle zu Dank verpflichtet sind, (Beifall) heute in den Vordergrund der Debatte von Herrn Hergt gebracht ist. Herr Hergt hat gesagt, der Reichstagspräsident habe die Einheitsfront des deutschen Volkes verhöhnt. Das ist geeignet, schwerwiegende Verärgerungen zu erwecken. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wir haben in nächster Zeit alles zu tun, um die persönliche Seite hinter die sachlichen Probleme zurücktreten zu lassen. Ich habe die Politik und gerade die Außenpolitik ohne Rücksicht auf die Parteien geführt. Ich war deshalb überrascht, daß heute die verschärfte Note angeschlagen worden ist, wie es auch Herr Stresemann bestätigt hat. (Rufe rechts: „Der Feind steht rechts!“) Wenn Sie wissen wollen, wie dieses Wort damals gelaufen hat, dann lesen Sie das Stenogramm nach. Ich habe mich damals ausdrücklich gegen die Atmosphäre des Mordes gewandt, und die rhetorische Frage aufgeworfen: „Wo steht der Feind?“ und habe dann gesagt: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden des eigenen Volkes träufeln läßt. Wo dieser Feind steht, darüber ist kein Zweifel. Dieser Feind steht rechts!“ Darf ich Sie zu den Deutschnationalen daran erinnern, daß in ihrer Presse geschrieben worden ist, Rathenau sei deshalb zur Strecke gebracht worden, weil er den Vertrag von Rapallo abgeschlossen hätte? Hat es einen Wert, daß wir heute diese neue Atmosphäre des persönlichen Kampfes zu Beginn dieses Winters eröffnen, der für das ganze deutsche Volk furchtbare Aussichten bietet? Beteiligte Sie (nach den Deutschnationalen) sich lieber an der sachlichen, ruhigen Erwägung dieser Vorlage und stehen Sie hinter uns, wenn es sich darum handelt, jede Gewalttat in Deutschland abzuwehren. Vom ersten Tage meiner Amtsführung an war ich von dem Haß der Ihnen nahestehenden Kreise verfolgt. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Die Not des Vaterlands ist über groß. Die Schatten, die von außen auf uns fallen, sind riesenhaft. Ich habe auf dem Industrie- und Handelskongress die Parole ausgegeben: Das ganze Volk soll es sein, wenn es sich darum handelt, den Kampf gegen Hunger und Elend aufzunehmen! Und nun ist diese meine Einladung von Herrn Hergt mit dieser gefährlichen Rede beantwortet worden. (Verhörter Beifall links und in der Mitte. Zischen rechts.)

Zu den Erklärungen des Reichskanzlers erfährt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst: Durch Zufall ist die Polizeibehörde nicht nur auf die Spur eines einzelnen Komplots, sondern mehrerer Attentatsanschläge gegen den Reichskanzler gekommen. Eine jugendliche Person, über deren Herkunft aus erklärlichen Gründen nicht gesagt werden kann, war von Kreisen, die den Attentätern auf Rathenau nahe stehen, zu hohem Solde gebunden worden, den Reichskanzler zu ermorden. Gewissensbisse haben den jungen Menschen veranlaßt, von der Ausführung des Planes Abstand zu nehmen und die Vorbereitungen in rechtsgerichteten Kreisen der Polizei mitzuteilen. Er wurde daraufhin in Haft genommen und machte Auskünfte, die stichhaltig sind und die Polizei auf neue Fährten lenkten.

Ein Pressevertreter hatte Gelegenheit, unmittelbar nach Schluß der Plenarsitzung den Reichskanzler selbst kurz zu sprechen. Er hatte dabei den Eindruck, daß das Leben des Kanzlers tatsächlich seit Tagen ernstlich bedroht sei. Der Kanzler betonte, daß er im Interesse der polizeilichen Untersuchung Namen der Verschwörer nicht nennen und auch sonst nähere Mitteilungen nicht machen könne, bis das Ergebnis der mit allem Eifer geführten Untersuchung vorliegt. Sie zu fördern, dürfe kein Mittel gespart werden. Es sei Pflicht jeglicher Reichsbehörden und der gesamten Beamtenschaft des Reiches, die Regierung in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Einzelheiten der Verschwörung aufzuklären. Bis weiter bekannt wird, hat der Reichskanzler bereits vor einigen Wochen Mitteilung von einer gegen sein Leben gerichteten Verschwörung erhalten. Im Laufe dieser Woche erhielt er einen Drohbrief, den man, im Gegensatz zu vielen andern, durchaus ernst nehmen muß.

Einzelheiten über die Verschwörung.

Berlin, 21. Oktober. (U.) Zu der Auslegung des Mordplanes gegen Dr. Wirth teilt der Tag u. a. folgende Einzelheiten mit: Es wurde festgestellt, daß tatsächlich mit einem Anschlag auf den Kanzler zu rechnen sei. Hieraus wurde infolgedessen polizeiliche Briefkontrolle verhängt, wo man Verbindungen mit denjenigen Kreisen erwartete, von denen etwa ein Attentat geplant sein könnte. Hierbei wurde der Brief eines jungen, unreligiösen Burschen in Leipzig namens Schulz an einen Bekannten abgefangen, in dem er diesem mitteilte, daß er Dr. Wirth erschlagen werde. Dieser Brief und der Verdacht, daß ein Anschlag unmittelbar bevorstehe, haben dazu geführt, daß der Schutz des Kanzlers außerordentlich verstärkt wurde. Die Reichstagswache erhielt Verstärkungen und auch zahlreiche Kriminalpolizisten halten sich dauernd in der Umgebung des Kanzlers auf. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit nimmt ihren Fortgang.

Nach einer Meldung des Berliner Tageblattes ist die Verhaftung von der Dr. Wirth sprach, im Rheinland erfolgt. Der Verdacht, dessen Angaben man noch im einzelnen nachprüft, soll nach Berlin überführt werden. Eine zweite Spur, die von der Polizei verfolgt wird, soll nach Berlin weisen.

Verbot einer nationalistischen Versammlung.

Berlin, 21. Oktober. Eine für gestern abend nach den Kammerkellern in Berlin einberufene Versammlung des deutschnationalen Preußenbundes, in der auch Graf Weizsäcker sprechen sollte, ist auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten worden.

Zum Giftmordverfuch im Rathenau-Prozess.

Die Oberstaatsanwaltschaft in Leipzig, die mit der Untersuchung des Giftmordverfuchs an Angeklagten im Rathenau-Prozess betraut ist, hat auf die Ermittlung bezw. Ergreifung des Täters eine Belohnung von 500 000 M. ausgesetzt.

Reinigung im Berliner Polizeipräsidium?

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie Minister Seeboing im preussischen Landtag mitteilte, wird der bisherige Leiter der Berliner Wucherpolizei als Vertreter des Polizeipräsidiums nach Köln gehen. An die Leitung der Berliner Wucherpolizei wird wahrscheinlich Regierungsrat Weiß kommen, der bisher an der Spitze der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums stand.

Der bayerische Justizmord vollendet!

München, 20. Oktober. Das Urteil im Prozess Fehrenbach, Gargas und Lembke wurde am Freitagabend um 9 Uhr vom Vorsitzenden des Volksgerichts München 2, Oberlandesgerichtsrat Dr. Heß, verkündet. Fehrenbach wurde zu 11 Jahren Zuchthaus, Gargas zu 12 Jahren Zuchthaus und Lembke zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jedem der Verurteilten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt.

Das Ungeheuerliche ist geschehen! Das „Volks“gericht in München hat den unerhörten Spruch gefällt, der nach dem standesmäßigen Verfahren, nach dem Verhalten des Vorsitzenden, das ganz offen den Schein der Unparteilichkeit verschmälerte, befürchtet werden mußte.

Der Vorwärts hat recht behalten, als er am Mittwoch schrieb: „Intime Kenner der bayerischen Zustände versichern, es sei gänzlich aussichtslos, dem Münchner Volksgericht... ins Gewissen zu reden...“

Die bayerische Reaktion hat ihr Opfer, ihre Rache, der verhaftete Sekretär des Revolutionsministers Eisner, der es wagte, das Andenken seines Lehrers und Freundes gegen die Schwärzungen eines Cohnmann zu verteidigen und die Reaktionslegende von der Unschuld Deutschlands am Weltkrieg abzuschneiden, ist zur Strecke gebracht — ist lebendig begraben, ist, soweit das in der Macht bayerischer Justiz steht, infamiert. Die bürgerlichen Ehrenrechte sind ihm und den beiden andern Angeklagten aberkannt, er wurde für ehelos erklärt. Die Begründung des „Urteils“, die teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit verkündet wurde, sagt:

Die Schuldfrage bezüglich des Falles Erzberger (Veröffentlichung des Kriegsmemorandum) wurde verneint, dagegen die Schuldfrage bezüglich des Rittertelegramms und des ganzen Komplexes Gargas einstimmig bejaht. Fehrenbach habe planmäßig und absichtlich gehandelt und sich dadurch des vollendeten Verbrechens des Landesverrats schuldig gemacht. Das Notterdamer Bureau ist nach Überzeugung des Gerichts ein Spionagebureau. Der Angeklagte Gargas habe diese Tatsache gekannt.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 4300 M.

Vor neuen Morden.

Die heftige Anklagerede des Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktion, Hergt, gegen die Regierung und die andern Parteien hat eine Wirkung gehabt, die der Sprecher mit seinen Freunden sicher nicht vermutete: sie hat den Kanzler mit der Enthüllung auf den Plan gerufen, daß wir in Deutschland unmittelbar vor neuen politischen Morden stehen, wie aus dem Geständnis eines der Verhafteten festgestellt worden sei. Diese Erklärung hat im Hause die ungeheuerste Erregung hervorgerufen und auch dazu geführt, daß der Zentrumsführer Fehrenbach aus einer Reihe von Zeitungszitaten der Deutschen Tageszeitung und andern nachgewiesen hat, daß die Hege, wie sie vor dem Morde an Rathenau getrieben worden ist, auch heute noch gegen die Regierung und die den rechtsstehenden Kreisen unangenehmen Politiker getrieben wird. Mit der Erklärung des Kanzlers ist die augenblickliche politische Situation in Deutschland grell beleuchtet. Nicht um ein paar unreligiöse Burschen handelt es sich, die ihre Mordwaffe gegen Minister und andre Politiker richten, sondern um ein planmäßiges Mordsystem, hinter dem weite rechtsstehende Kreise stehen und es stützen. Der Zweck dieser politischen Morde ist klar: es handelt sich nicht um die Beseitigung einzelner Personen, an denen man „Schädlinge“ des deutschen Volkes sieht, sondern es handelt sich darum, das preußisch-deutsche Junkertum wieder in die politische Macht zu setzen. Die Deutschnationalen haben nicht geglaubt, als der Reichskanzler sie aufforderte, endlich von ihrer persönlichen verheerenden Politik abzulassen und den Kampf gegen jene wütlichen Kreise aufzunehmen, die in dem politischen Mord das geeignete Mittel sehen, um die Verhältnisse zu ändern und zu bessern. Im Gegenteil, einer der Ihren hat dem Kanzler auf diese Mahnung das Wort Gehapostel ins Gesicht geschleudert. Die Deutschnationalen denken nicht daran, von der deutschvölkischen Bewegung und ihrer Politik abzurücken, und in gewissem Sinne können sie es auch nicht mehr. In dem Augenblick, wo Hergt, Heffertich und Genossen im Reichstage gegen jene Bewegung ernstlich auftraten wollten, wären sie erledigt; denn die Mordorganisation, die nach der Meinung des Urteilspruchs des

Bezüglich des Angeklagten Lembke liegt Landesverrat vor. Lembke war sich der Strafbarkeit seiner Handlungswelt bewusst und hat aus Geldgier gehandelt. Das Verschulden des Gargas wird darin erblickt, daß er die ihm gelieferten Berichte an das Notterdamer Bureau weitergeleitet habe. Er ist überführt, bewußt als Spion einer fremden Macht gehandelt zu haben. Der Angeklagte Fehrenbach hat durch Veröffentlichung des Rittertelegramms unbedenklichen Schaden über Deutschland gebracht. Die Handlungswelt des Angeklagten ist ehelos wie die des Lembke.

Soviel „Feststellungen“, soviel Entstellungen. Der Vorwurf der Ehrlosigkeit, der hier gegen Fehrenbach geschleudert wird, prallt auf die bayerische Reaktion zurück.

Es ist ehelos und landesverräterisch, in den Augen bayerischer Reaktionäre, dem Ausland längst bekannte deutsche Angelegenheiten zu melden, es ist ehelos und landesverräterisch nach der Meinung bayerischer Reaktion, über bayerische reaktionäre Geheimorganisationen etwas ins Ausland zu melden, aber ehrenhaft, diese Organisationen und ihre Waffenlager im Lande zu hegen und zu schützen!

„Wer die geschwindige Tat verübt, schläft zu Hause in seinem Bette, wer die Tat meldet, schläft im Zuchthaus“, sagte Justizrat Bernstein in diesem Prozess.

Das ist das Recht der bayerischen Reaktion! Es ist ein Hohn auf jedes normale Rechtsempfinden und eine freche Bedrohung der deutschen Republik!

Die deutsche Republik hat allen Anlaß, sich gegen eine solche bayerische Justizpraxis, die sich direkt gegen den Bestand der deutschen Republik richtet, zur Wehr zu setzen.

Die bayerische Reaktion wird, dafür wollen wir arbeiten, bald empfinden, daß sie hier den Bogen überspannt hat! Dieser Spruch muß der Anstoß zum energischen Kampf gegen die bayerische Gefahr sein!

Dem Genossen Fehrenbach aber drücken wir, da sich die Kerkerorte hinter ihm schließen, die Hand. Für uns und alle Leute, die nicht durch die von Haß und Fanatismus gefärbte Wille bayerischer Reaktionäre sehen, ist und bleibt er der Ehrenmann, der er immer war! Und wir geloben, alles zu tun, um den ungeheuerlichen Spruch des „Volks“gerichts umzustößeln!